

hingen zurück. Die dagegen scharf ansetzende Konkurrenz war ein weiterer Grund zu verzeichnen über 2 Millionen Konkurrenz und Gewinnzunahme erfahren. Die besten Hauptpreise waren leicht zu beschaffen. Die Preise für den Export waren sehr hoch.

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil: die Seite 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil: die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile ist Cash.



**Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw.**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

**Sprechstunde Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

## Krisengefahr im Reich.

### Oppositionsflagge in der Erwerbslosenfrage.

Die Deutschnationalen stimmen für die sozialdemokratischen Anträge.

Berlin, 9. Nov. Die Behandlung der Erwerbslosenfrage im Reichstag hat nun wirklich zu einer parlamentarischen Krise geführt. Die Dinge sind so merkwürdig gelaufen, daß man, um die Zusammenhänge zu verstehen, schon etwas rückwärts gehen muß. Dem Wunsch der Regierungsparteien entsprechend, hatte die Regierung sich entschlossen, die Sätze der Erwerbslosenfrage um 15 Prozent für die Unverheirateten und um 10 Prozent für die Verheirateten zu erhöhen. Sie hatte sich aber dazu eine Rückendeckung schaffen und diese Vorlage durch den Reichstag billigen lassen wollen. Im Anschluß zeigte sich nun bald, daß die Sozialdemokraten, wahrscheinlich aus agitatorischen Gründen, damit nicht zufrieden waren, sondern mehr verlangten. Sie wollten gleichzeitig die Bewerzung der Fürsorge, die bekanntlich jetzt nach einem Jahre aufhört. In dem Hauptausschuß wurden aber diese Beschlüsse wieder zum Teil revidiert. Die Entscheidung lag also beim Plenum und hier wieder bei den Deutschnationalen, von deren Stimmen alles abhing. Zur allgemeinen Überraschung erklärten am Montag die Deutschnationalen, daß sie dem sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenbeiträge um 30 Prozent zustimmen würden, und das Ergebnis war dann, daß dieser Antrag mit 205:141 Stimmen angenommen wurde.

Die Deutschnationalen werden wohl tatsächlich an eine endgültige Annahme der Anträge nicht gedacht haben. Der Zweck, den sie verfolgten, war der, der Regierungskoalition eine Lehre zu erteilen und ihr zu zeigen, daß es ohne die Deutschnationalen nicht geht. Jedenfalls ist das zu entnehmen aus einer Erklärung des Grafen Westarp, der die Haltung seiner Partei damit begründete, daß sie lediglich den Sozialdemokraten Gelegenheit geben wolle, die für diese neuen Anträge erforderlichen Mittel aufzubringen und daß die Deutschnationalen in der Schlussabstimmung nicht dafür stimmen würden, wobei er u. a. ausführte:

Die Anträge, namentlich derjenige auf Erhöhung der Unterstützung von 30 Prozent seien gestellt, ohne daß ein klares Bild über die Geldmittel geschaffen worden wäre, die zur Verfügung kämen. Es sei nicht anzunehmen, daß die Sozialdemokraten ernstlich mit einer Annahme ihrer Anträge gerechnet haben. Regierung und Regierungsparteien hätten den ursprünglichen Standpunkt des Reichsarbeitsministers nach und nach verlassen. Auf die Anträge der Deutschnationalen Partei habe man keine Rücksicht genommen, sondern sich unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Anträge mehr und mehr den sozialdemokratischen Sätzen genähert. Insbesondere seien die zur Verfügung gestellten Mittel zu Ungunsten der Familienwörter geteilt. Man habe bei diesem Gesez auf die Möglichkeit gerechnet, es mit wechselnden Mehrheiten zu verabschieden. Unter diesen Umständen habe die deutschnationale Fraktion durch ihre Abstimmung der Sozialdemokratie Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob sie die praktischen und parlamentarischen Folgen aus ihren Anträgen zu ziehen gewillt sei. Der Regierung und den Regierungsparteien könne diese Verantwortung, wie weit sie sich den sozialdemokratischen Forderungen beugen wollen, nicht erspart bleiben. Graf Westarp stellt zum Schluß fest, daß sich seine Fraktion bei den weiteren Abstimmungen der Stimme enthalten und die Vorlage in der Gesamt- abstimmung als Ganzes ablehnen werde.

Graf Westarp scheint gar nicht gemerkt zu haben, daß eine Schlussabstimmung überhaupt nicht in Frage kommt, da es sich um Initiativanträge der Parteien handelt, bei denen nur eine einmalige Abstimmung erforderlich ist. Die Regierung hat eine parlamentarische Behandlung der ganzen Frage gar nicht nötig. Sie ist verfassungsmäßig berechtigt, die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge aus eigener Machtwortkommenheit vorzunehmen. Sie will diesen Schritt nach dem Gang der Montagsvorhandlungen im Reichstag auch tun. Die Beschlüsse des Reichstags hängen also in der Luft, sie gehen bestenfalls an den Reichsrat, wo sie zweifellos von den Ländern abgelehnt werden. Inzwischen aber tritt die Verordnung der Reichsregierung, die auf der Grundlage der Anträge der Regierungsparteien ausgearbeitet ist, schon in Kraft. Der ganze Aufstand an Scharfmut und taktischer Geschicklichkeit verpufft also ohne jede Wirkung. Parlamentarische Folgen kann er nur dann haben, wenn etwa die Kommunisten sich entschließen, wegen der Haltung der Regierung ein Misstrauensvotum einzubringen, das dann die Deutschnationalen und Sozialdemokraten ebenfalls annehmen. Erst dann wäre die Voraussetzung für eine wirkliche Krise gegeben. Bis dahin aber bleibt bei den Regierungsparteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, der etwas bittere Nachgeschmack, daß sie durch die Deutschnationalen zu einer Entscheidung gezwungen werden sollten, für die im Augenblick die Lage noch nicht reif ist.

Allerdings haben auch die Regierungsparteien nicht sonderlich geschickt operiert. Sie hatten nach dem unerwarteten Zusammenschluß der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten

die Absicht, nun auch diesen Flügelparteien die Verantwortung für die Weitergestaltung der Abstimmung über die verschiedenen vorliegenden Anträge allein zu überlassen und haben deshalb den Sitzungssaal verlassen. Eines ihrer übereifrigen Mitglieder hat daraufhin die Beschlußfähigkeit angezweifelt, und die Sitzung flog auf. Das machte den Eindruck, als ob die Regierungsparteien Obstruktion treiben wollten. Daran haben sie natürlich nicht gedacht. Es war ihnen aber nach der ersten Sitzung klar, daß auf diesem Wege eine ordnungsmäßige Erledigung nicht mehr zu erreichen war. Sie wollten deshalb die Oppositionsparteien mit der vollen Verantwortung für alle Beschlüsse belasten, weil ja jetzt das selbständige Vorgehen der Regierung im Wege der Verordnung unvermeidlich geworden war. Das wird nun heute bei der Fortsetzung der Beratung, wenn die Deutschnationalen inzwischen den Weg zur Umkehr finden, so geschehen, und am Ende bleibt weiter nichts als ein Beschluß, der nicht ausgeführt wird, und darüber hinaus eine Verschärfung der Stimmung zwischen den Regierungsparteien und den Deutschnationalen.

**Misstrauensvotum der Kommunisten.**

Die Kommunisten haben bereits angekündigt, daß sie ein Misstrauensvotum gegen die Regierung einbringen wollten mit der Begründung, daß die Regierung durch ihre Verordnung sich über die Beschlüsse des Reichstages hinausgesetzt habe. Stimmten Sozialdemokraten und Deutschnationale dafür, dann wäre die Regierung gestürzt. In parlamentarischen Kreisen nimmt man jetzt aber noch an, daß eine der beiden Parteien den Weg finden wird, um um die positive Abstimmung herumzukommen, weil der Wille zu einer Krise doch wohl nicht ernstlich vorhanden ist, und parlamentarische Verbotsfreiheit kaum so weit gehen darf, gleich die extremste Lösung zu suchen.

**Versprechungen der Regierungsparteien.**

Am Berlin, 9. Nov. Nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstages trat am Montag abend die Fraktionen der Regierungsparteien zusammen, um die Vorgänge bei der Beratung der Erwerbslosenfrage in der Plenarsitzung zu erörtern. Es wurde beschlossen, am Dienstag mittag eine Konferenz der Führer der Regierungsparteien abzuhalten und das weitere Vorgehen bei der Beratung der Erwerbslosenfrage in der heutigen Sitzung des Reichstages festzulegen.

Der Reichsrat soll zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung Stellung nehmen.

Am Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett trat gestern nach der Sitzung des Reichstags zusammen und beschloß, die schon vorbereitete Anordnung über die Erhöhung der Unterstützungsätze der Erwerbslosenfürsorge, die den Anträgen der Regierungsparteien und dem Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages entspricht, den heute zusammentretenden Ausschüssen des Reichsrats zu unterbreiten.

**Außenpolitische Aussprache am Freitag.**

Am Berlin, 9. Nov. Der Vizepräsident des Reichstages faßte gestern Beschluß über die Dispositionen für die Plenarsitzungen dieser Woche. Vom Dienstag bis Donnerstag soll die erste Lesung des Nachtragsesetzes für 1926 vorgenommen werden, wobei die Innenpolitik zur Aussprache gestellt werden soll. Am Freitag soll die außenpolitische Aussprache beginnen. Außerdem werden aber noch im Laufe dieser Woche ein Futtermittelgesetz und ein Gesetz über die Krisenversorgung der Ausgesteuerten beraten werden.

### Verlängerung des Sperrgesetzes.

Am Berlin, 9. Nov. Wie die „Germania“ hört ist beabsichtigt, das am 31. Dezember dieses Jahres ablaufende Sperrgesetz durch das die Fürstenprozesse inhibiert wurden, um 3 Jahre zu verlängern, damit die Länder, die bisher noch nicht zu einer Vereinigung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit ihren ehemaligen Landesherren gekommen sind, Zeit haben, diese Auseinandersetzung endgültig durchzuführen.

### Dr. Külz über Deutschlands Gegenwart und Zukunft.

Am Bremen, 9. Nov. In der Bremerhavener Stadthalle sprach am gestrigen Montag abend Reichsinnenminister Dr. Külz über „Deutschlands Gegenwart und Zukunft“. Der Redner hob hervor, die Ziele, die jede deutsche Politik nach dem verlorenen Kriege und nach dem Zusammenbruch bis auf weiteres zu befolgen habe, seien die Festigung der Staatsordnung, Wiedereingruppierung Deutschlands in die Mächtekonstellation der Welt als gleichberechtigten Faktor, Wiedereinführung Deutschlands in den Organismus der Weltwirtschaft, Behebung der eigenen

## Tages-Spiegel.

Die Deutschnationale Volkspartei hat durch Unterstützung des sozialdemokratischen Antrages in der Erwerbslosenfürsorge im Reichstag einen Sieg der Opposition herbeigeführt.

Nach den Beschlüssen des Reichskabinetts ist mit der Inkraftsetzung der höheren Sätze in der Erwerbslosenunterstützung auf dem Verordnungswege mit Wirkung vom 8. November zu rechnen.

Der Reichstag wird von Dienstag bis Donnerstag im Anschluß an den Nachtragsset in innenpolitische Fragen behandeln. Am Freitag beginnt die außenpolitische Aussprache.

Die englische Regierung hat neue Vorschläge zur Beilegung des Kohlenkonfliktes unterbreitet.

Der französische Botschafter in Rom erhielt von seiner Regierung den Auftrag, neuerliche Protestschritte wegen der Zwischenfälle bei der italienischen Regierung zu unternehmen.

Die Untersuchung gegen Garibaldi hat ergeben, daß dieser schon seit Monaten als Vespall in Dienste der faschistischen Polizei steht.

Die Aufstandspläne der Katalonier sind nach Macias Geständnis von Moskau unterstützt worden.

Vom Niederrhein werden Ueberschwemmungen gemeldet. In Holland hat man infolge dessen umfangreiche Vorkehrungen zur Verhütung einer Hochwasserkatastrophe getroffen.

Wirtschaft und die Befolgung einer starken nationalen Kulturpolitik. Der Minister behandelte sodann die Außenpolitik. Ohne die Verständigungspolitik wäre man niemals nach Genf und Thoiry gekommen. Die Aufgabe Deutschlands bedeute ein Abwenden von der törichten Behauptung der Alleinschuld Deutschlands am Kriege; es habe keinen Sinn mehr, davon zu sprechen, ob 3000 oder 5000 Mann vom Rhein wegzühen. Heute, nachdem Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist, gebe es in Deutschland keinen Raum mehr für diese Vorlesungen. Es sei absolut töricht, zu sagen, daß die Politik von Thoiry gescheitert sei. Ein augenblicklicher Stillstand sei allerdings nicht abzuleugnen. Zur Weltwirtschaftslage übergehend, betonte Dr. Külz, daß Deutschlands Eingliederung in die Weltwirtschaft nur dann Erfolg haben könnte, wenn auch in Deutschland selbst die Wirtschaft wieder gefestigt dastehet. Zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft diene das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Gerade die Steuererabsetzung Dr. Reiholds sei es gewesen, die auf eine halbe Milliarde Steuereinnahmen verzichtet habe, die der Wirtschaft zugute gekommen sei. Die Erwerbslosenfürsorge belaste Deutschland zur Zeit etwa mit 10 Millionen Mark monatlich. Ein absolutes Aufhören der Erwerbslosigkeit in Deutschland sei vor 2 bis 3 Jahren nicht zu erwarten. Bei der Neuregelung des Finanzausgleichs müßte vor allem die Lebensfähigkeit der Länder gewährleistet werden. Ohne eine Verwaltungsreform werde das ganze Steuerproblem nicht zu lösen sein. Zum Schluß trat der Minister für eine großzügige Kulturpolitik ein.

### Das Programm der Dezembertagung des Völkerbundes.

Am Genf, 9. Nov. Auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates, die am 6. Dezember beginnt, werden diesmal vornehmlich nur Fragen von geringer Bedeutung behandelt werden. Die Tagesordnung, die einige 20 Punkte umfaßt, wird in den nächsten Tagen vom Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht werden. Sie enthält die üblichen Berichte über die Arbeiten der verschiedenen Komitees. Die Frage der Uebertragung der deutschen Entwaffnungskontrolle auf den Völkerbund wird vornehmlich verhandelt werden. Minderheitsfragen stehen diesmal nicht zur Beratung.

### Die Wahlen in Griechenland.

Am Belgrad, 9. Nov. Nach Meldungen aus Athen sollen bei den Wahlen die Republikaner nur 55 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt haben. Der griechische Ministerpräsident Kondylis empfing die Vertreter der Presse, und teilte ihnen mit, daß das Wahlergebnis die endgültige Stabilisierung der griechischen Republik bedeute. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr unter Teilnahme aller republikanischen Parteien ein Koalitionskabinett gebildet werde, das bestrebt sein müsse, das Vertrauen des Auslandes zu stärken und die zwischen Griechenland und Jugoslawien stehenden Fragen baldigst zu klären. Kondylis empfahl, in dem neuen Kabinett das Ministerium des Äußern Benizelos anzuvertrauen.

Zufuhr 500 Str., f dem Leonhards-Markt auf 6.20—7 M je der

—700, Rufe 240 M. — Ehingen: 550—650, Zungen 640, Kalbinnen M. — Wurzach: 400—500, Kalb 170—300 M das

chtiger Teilhaber lieben

Wwe. aus. Lieben. 1926.

te Qualitäten ern ange Betten gestellt werden Leinwandstoffe über Auswahl am Markt

ten: Quasten bedecken ide hart Filiale Calw u. s. l. e

0., 60.— 2., 55.— , 30.— helen Größen 20., 23.— t, Calw.



## Erkelenz über die politische Lage.

11. Berlin, 8. Nov. Der Vorstand der demokratischen Partei trat am Samstag zu einer Geschäftsitzung zusammen, in der der Vorsitzende Erkelenz einen Bericht über die politische und wirtschaftliche Lage hielt. Er führte aus, daß es hinsichtlich der Ueberwindung der Wirtschaftskrise und der Erwerbslosigkeit nur einen Weg gebe: planmäßige Steigerung der Produktivität der Arbeit im ganzen. Erwerbslosenunterstützung und produktive Erwerbslosenfürsorge seien nur Linderungsmittel, keine Heilmittel. Die Unternehmerverbände und Gewerkschaften sollten sich bald zusammenschließen, um mit einer großzügigen freien Vereinbarung das Verhältnis zwischen Produktivität, Lohn und Kaufkraft zu regeln. Auf außenpolitischem Gebiet fordert der Redner Weiterverfolgung der Fäden, die in Genf und Thoiry gesponnen wurden. Der tote Punkt werde eines Tages überwunden werden. Frankreich könne die ganze europäische Luft wesentlich verbessern, wenn es aus eigenem Entschlusse eine baldige Räumung des Rheinlandes vornehme. Innerpolitisch bleibe es bedauerlich, daß es anscheinend nicht zur Bildung einer Mehrheitsregierung komme. Möglich sei nur eine Mehrheitsregierung, die in der Außenpolitik kein Unheil anrichte.

## Die franz.-italienischen Zwischenfälle

Mussolini entschuldigt sich.  
11. Paris, 8. Nov. Mussolini hat in seiner Eigenschaft als Außenminister dem französischen Botschafter in Rom eine offizielle Note der italienischen Regierung übermittelt, in der diese ihr Bedauern über die Zwischenfälle zum Ausdruck bringt. Disziplinarmaßnahmen seien bereits gegen die Beteiligten ergriffen worden.

Die Mission Lapollas in Frankreich.  
11. Berlin, 8. Nov. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Rom verbreitet die „Agentur Stefani“ eine längere amtliche Auslassung zum Fall Garibaldi, in der es heißt, daß der Generalinspekteur Lapolla seinerzeit nur deshalb in Nizza an Garibaldi herantreten sei, weil dieser in Verbindung mit Scioffi gestanden habe, von dessen Attentatsabsicht gegen Mussolini die italienische Polizei erfahren hätte.

Ein Geständnis Garibaldis.  
11. Paris, 8. Nov. Nigiotti Garibaldi hat bei seiner Vernehmung durch die Sicherheitspolizei gestanden, seit 8 Monaten in italienischen Polizeidiens gestanden zu haben. Zu diesem Geständnis wurde er veranlaßt, als ihm nachgewiesen wurde, daß er mit dem Chef der römischen Polizei, der sich mit falschem Paß in Nizza aufhielt, in Verbindung gestanden habe. Garibaldi gab auch zu, daß er dafür 400 000 Lire von der parisischen Polizei in Rom erhalten hat.

Im Laufe des Verfahrens, dem Garibaldi am gestrigen Sonntag auf der Polizeidirektion unterzogen wurde, stellte es sich heraus, daß der italienische Polizeikommissar Lapolla am 20. Oktober in Paris gewesen ist. Wertwüßigerweise war am gleichen Tage Lucretti, der Urheber des Anschlages auf Mussolini, von Paris nach Italien abgereist. Auf eine Frage, warum er das Attentat nicht durch Benachrichtigung des italienischen Konsulats in Nizza verhindert habe, antwortete Garibaldi, daß er von Lapolla die Anweisung erhalten habe, den italienischen Behörden keinerlei Informationen zugehen zu lassen.

Manöverstunde an der französisch-italienischen Grenze.  
11. Paris, 8. Nov. Die Nachforschungen an der französisch-italienischen Grenze haben zu einem umfangreichen Waffenfund geführt. In einem Gebüsch verborgen fand man 12 Kisten mit Gewehren und Patronen für Maschinengewehre. Auch in einem Teich in der Nähe von Narbonne förderte man Waffen und Munition zulage.

## Das Komplott gegen Spanien.

Eine offiziöse spanische Aeußerung zur katalonischen Verschwörung.  
11. Madrid, 8. Nov. Ueber das mißlungene Komplott an der spanischen Grenze in der Nähe von Perpignan wird nun-

## Gräfin Lashbergs Enkelin.

Roman von Fr. Lehne.  
19. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
„Sorg dich nicht vorher — kommt Zeit, kommt Rat! Mit Großmama und Mama würde ich schon gut fertig werden, würde mich überhaupt nicht darum kümmern, was sie sagen, wenn — wenn nicht“ —  
„Was Luz? Warum sprichst du denn nicht weiter?“  
„Wenn eben das leidige Geld nicht wäre, Kleines! Denn du hast nichts, und ich, lieber Gott, ich bin so abhängig von Großmamas Gnaden. Deshalb müssen wir sein diplomatisch vorgehen, kleine Yvonne, nichts überstürzen. Sie ist doch auch so schön, unsere heimliche Liebe.“ Und in seinen Küffen erstarrte er die ihr aufsteigenden Bedenken. —  
— Frau Landrat von Hammerstein machte mit ihrer Tochter Daisy bei Gräfin Lashberg Besuch. Daisy war erst vor kurzem aus New York zurückgekehrt, wo sie sich ein Jahr bei Verwandten aufgehalten hatte. Sie war eine weniger schöne, aber dafür sehr elegante Erscheinung, dabei ungemessen selbstbewußt in ihrem Auftreten.  
Herta schloß bald intime Freundschaft mit ihr, und die Baronin war sich sofort darüber im klaren, daß Daisy von Hammerstein eine passende Frau für Luz sein würde. Sie erzog dies mit ihrer Mutter, die ihr auch darin beipflichtete. Yvonne hörte es, und ein heftiger Schreck überkam sie. Da stieg die erste Welle drohend auf, die ihr Glück vernichten konnte; denn was die Gräfin sich vorgenommen, das mußte auch erfüllt werden. —  
— Die Osterfeiertage verlebte Luz wieder auf Bernried; er kam jeden Tag, die Großmutter zu begrüßen. Yvonne merkte ihm an, daß er verstimmt war. Sie drang in ihn, ihr zu sagen, was ihn quälte.  
Kosend strich er über ihr Gesicht. „Ach, Mausl, du kannst mir auch nicht helfen. Ich bin in einer scheußlichen Situation.“  
„Kengstlich sah sie ihn an, begriff sofort. „Luz, du hast Schindeln?“

mehr offiziös mitgeteilt, daß Separatisten und Anarchisten die Ordnung zu stören versucht hätten, daß jedoch diese Pläne schon am 1. November der politischen Polizei bekannt geworden und daß die meisten Verschwörer schon in Frankreich verhaftet worden seien. Jedoch seien auch in Spanien viele Verhaftungen erfolgt. Der Putschplan erscheine tatsächlich sinnlos, da ein Haufen von Abenteurern kaum auf einen Erfolg rechnen könne. Primo de Rivera bezeichnet den Putschplan als den blöden Versuch weniger Rebellen und Unzufriedener, der die Haltung der Regierung nicht beeinflussen würde.

Garibaldis Verhältnis zu dem spanischen Revolutionär Macia.  
11. Paris, 8. Nov. Der „Corriere degli Italiani“, das in Paris erscheinende antispanische Organ, wird in seiner nächsten Ausgabe einen Artikel veröffentlichen, der in die Beziehungen zwischen Garibaldi und Macia Licht bringen dürfte. Danach hätten zwischen dem 5. und 19. Oktober Macia und Garibaldi in Paris zweimal eine längere Zusammenkunft gehabt. Während Macia anfangs gezögert habe, den Handstreich auf Catalonien zu unternehmen, habe er sofort nach seiner zweiten Konferenz mit Garibaldi den Beginn der Expedition für die zweite Hälfte des Oktober festgelegt. Garibaldi soll Macia seine tatkräftige und finanzielle Unterstützung zugesichert haben.

## Vom Landtag.

Das Plenum des Landtags trat am Samstag zu einer Sitzung zusammen. An Stelle des nach Berlin verzogenen Abgeordneten Elsas (Dem.) ist Frl. Else Eberhardt in den Landtag eingetreten. Zunächst wurden durch Ministerialrat Köpfkin einige kleine Anfragen beantwortet und dann die 1. Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Neuordnung der Gewerbesteuer vorgenommen. Finanzminister Dr. Dehlinger gab eine Begründung des Gesetzesentwurfs, der eine gerechte und gleichmäßige Steueranfrage und eine festere Grundlage schaffen wolle, mit der die Steuerpflichtigen zum Voraus wieder rechnen können. Es sei wohl möglich, daß mancher nach dem neuen Gesetz mehr Gewerbesteuer zahlen müsse als im Vorjahr. Dies beweise nur, daß die vorjährige Einschätzung von unzulänglichen Grundlagen ausging, nicht aber, daß das neue Gesetz nicht den Forderungen der Gerechtigkeit entspreche. Die Versorgungsbetriebe der öffentlichen Körperschaften sollen nicht zur Staatssteuer und vorläufig auch nicht zur Gemeindesteuer herangezogen werden. Die Regelung dieser Frage soll erst später, bei der demnächst aus einem anderen Anlaß notwendig werdenden Aenderung des Gemeindesteuergesetzes erfolgen. Der Abg. Winkler (S.) wünschte Steuerbefreiung für die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen und Heranziehung des Betriebskapitals zur Gewerbesteuer. Er polemisierte weiter gegen den Finanzminister wegen der Gebäudeversicherungsteuer und wünschte von ihm Auskunft über Mittel und Wege, um die 13 Millionen Steuerrückstände einzureiben. Der Abg. Roth (Dem.) erblickte in dem Entwurf eine steuerliche Benachteiligung Württembergs. Der Minister habe alle Wünsche aus den Kreisen der Gewerbesteuerpflichtigen außer Acht gelassen. Die Regierung dürfe sich daher nicht wundern, wenn die Kreise von Industrie und Handel auf die Reichsregierung stärkere Hoffnungen setzen, als auf die württ. Regierung. Der Abg. Rath (D.) stimmte dem Prinzip, bei der ungeheuren steuerlichen Belastung mehr auf die Leistungsfähigkeit abzugeben, zu. Der Abg. Müller (D.) betonte, daß die Frage der Heranziehung der Versorgungsbetriebe zur Steuer im Ausschuss geprüft werden müsse und erklärte die Bereitwilligkeit, bei diesem Gesetz einen Ausgleich zwischen Gewerbe und Landwirtschaft zu schaffen. Der Abg. Rehbach (Komm.) trat für Schonung der kleinen Gewerbetreibenden ein. Abg. Rant (Ztr.) bemängelte, daß die Veranlagungen bisher ohne Fühlungnahme mit den Berufsorganisationen vorgenommen wurden. Abg. Wergenhaller (Völk.) hielt die Veranlagung der Steuer nach dem Reinertrag für das einzig Richtige. Abg. Henne (Dem.) machte starke Bedenken des Handwerks und Ge-

werbes gegen den Entwurf geltend. Es sei ungerecht, wenn die freien Berufe auch heute noch von der Gewerbesteuer befreit bleiben. Abg. Theodor Fischer (D.) bat die Regierung, der Notlage des Gewerbes Rechnung zu tragen. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, der Entwurf werde für Handel und Gewerbe in den Fällen eine Entlastung bringen, wo sie sachlich begründet sei. Die Sätze seien gerecht. Weiter wandte sich der Minister gegen eine Besprechung der Steuerverhältnisse einer Ständeherrschaft in Gaildorf durch den Abg. Winkler und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Steuerrückstände in Höhe von 13 Millionen infolge Besserung der wirtschaftlichen Lage besser eingehen würden. Hierauf wurde der Gesetzesentwurf an den Steueraussschuß überwiesen. Die Bestimmung der nächsten Sitzung wurde dem Präsidenten überlassen.

## Regierungs-Antworten auf „Kleine Anfragen“.

Straßenbewalzung.  
Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgg. Straß und Genssoffen: „Die Unterhaltung der Eiterstraßen der Staatsstraßen ist nach Par. 4a der Wegordnung Aufgabe der Gemeinden. Die notwendig werdende Bewalzung von Eiterstraßen blieb deshalb bei Bewalzungen der Staatsstraßen, in deren Zug die Eiterstraßen liegen, den Gemeinden überlassen. Die Straßenbahnverwaltung hat auf Gemeindevorschlag die Bewalzung der Eiterstraßen gegen Ersatz der Kosten des Balzgeschäftes mit übernommen. Alljährlich vor Aufstellung des Balzplans wurde und wird in den Bezirken, in denen staatliche Balzarbeiten ausgeführt werden sollen, eine öffentliche Aufforderung erlassen zur Anmeldung von Balzarbeiten durch die Amtskörperschaften und Gemeinden. Von der Möglichkeit, die Eiterstraßen in Verbindung mit den staatlichen Arbeiten bewalzen zu lassen, wurde sehr häufig Gebrauch gemacht. Wenn die Kleine Anfrage eine Regelung dahin im Auge hat, daß die Straßenbahnverwaltung auf Wunsch der Gemeinde die Bewalzung von Eiterstraßen im Zug der Staatsstraßen auf ihre Kosten übernimmt, und daß von den Gemeinden nur Beiträge im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit entrichtet werden, so würde das eine Abweichung von dem Grundsatz des Par. 4a der Wegordnung bedeuten und sehr beträchtliche Aufwendungen erfordern, für welche die der Straßenbahnverwaltung bis jetzt zur Verfügung gestellten Mittel völlig unzureichend sind. Umgekehrt sieht der Staatshaushaltsplan für 1926 in Kap. 27 Tit. 5 erstmals Mittel vor zur Bewalzung von Staatsbeiträgen an einzelne durch die Unterhaltung von Eiterstraßen der Staatsstraßen übermäßig belastete Körperschaften. Beim Zutreffen dieser Voraussetzung können und werden an einzelne Gemeinden Beiträge zu den Kosten der Bewalzung von Eiter-Straßenstraßen im Rahmen des Planjahres gegeben werden.“

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. November 1926.  
25jähriges Dienstjubiläum.  
Am morgigen Tage kann Postmeister Rast in Bad Liebenzell auf eine 25jährige Dienstzeit beim Postamt Bad Liebenzell zurückblicken. Es ist ein seltener Fall, daß ein Amtsvorsteher vergönnt ist, ohne Unterbrechung ein Vierteljahrhundert einem Amt in Treue und Fleiß zu dienen. Gleichzeitig begeht der Jubilar sein 40jähriges Jubiläum im Reichsdienst. Aus diesem Anlaß hat die Oberpostdirektion Stuttgart eine Urkunde übersandt, in welcher Dank und Anerkennung für die dem Reich und dem Land gegenüber geleisteten Dienste zum Ausdruck gebracht w. n.  
Zur Landeskirchenwahl.  
Man schreibt uns: Am Sonntag wurde in den n. Kirchen des Bezirks verkündigt, daß die Erstkirchwahl zur Landeskirchensammlung am 5. Dezember stattzufinden habe. Diese Erstkirchwahl ist dadurch notwendig geworden, daß der seitherige

nicht mehr zu verdecken brauchen. Diese Heimlichkeit ist mir schrecklich; ich komme mir so unwürdig vor.“  
Mit einem schwer zu beschreibenden Blick sah er sie da an. Er schloß sie fest in seine Arme. „Süßestes, ich hab dich ja so lieb! Versprich mir aber — gib mir dein Wort darauf — nicht eher zu reden, als bis ich es selbst tue, damit uns nicht alles verdorben wird.“  
Wenn sie ahnte, mit was für Schwierigkeiten er zu kämpfen hatte, wie leicht ihm das Geld durch die Finger glitt, ihre Sorgen würden noch viel größer geworden sein.  
Und nun kam noch von anderer Seite etwas, das sie mit großer Bestürzung erfüllte.  
Assessor Ryno von Hammerstein, der Sohn des Landrats, arbeitete seit dem 1. Mai auf dem Landratsamt. Er hatte die üblichen Besuche auf den Gütern der Nachbarschaft und bei dieser Gelegenheit auch die Bekanntschaft Yvones auf Burgau gemacht. Rettungslos hatte er sich beim ersten Sehen in das schöne Mädchen verliebt und erwies ihm nun allerlei Huldigungen und Aufmerksamkeiten. Auch die Frau Landrat war jetzt ausnehmend liebenswürdig zu Yvonne und lud sie ein, doch Daisy recht oft zu besuchen und Tennis mit ihr zu spielen. Oft kam Daisy unvermutet mit ihrem Dogcart vorgefahren, sie abzuholen. Ach, es war alles so durchsichtig für sie; man wünschte ihre Verbindung mit dem Assessor, und sie hatte doch einen direkten Widerwillen gegen diesen blonden, faden, blasiereten Menschen, durch dessen begehrlische Blicke sie sich förmlich beleidigt fühlte. Er wußte nicht von ihrer Seite, brachte ihr Bücher, Blumen, schöne Früchte, und ihr war, als ob ein Netz über sie geworfen wurde, denn ihre kühle, manchmal sogar ungezogene Abwehr wurde gar nicht einmal bemerkt.  
Der Gräfin waren des Assessors Bemühungen natürlich nicht entgangen; sie war befriedigt darüber, dann würde Yvonne doch standesgemäß untergebracht sein. Diese war-tete förmlich auf eine Andeutung der Großmutter in der Angelegenheit, um ihr ihre Meinung zu sagen. Nie aber würde sie ihre Freiheit diesem Wünsche opfern.  
(Fortsetzung folgt.)



ngerecht, wenn die  
verbesserte befril  
Regierung, der  
Finanzminister  
für Handel und  
Wander, wo sie sachlich  
wandte sich der  
Verhältnisse einer  
Wander und gab  
in Höhe von  
lichen Lage besser  
entwurf an den  
ng der nächsten

## Anfragen.

Straß und Ge-  
Staatsstraßen  
Gemeinden. Die  
recken blieb des-  
wegen Zug die G-  
Die Straßenbahn-  
verwaltung der G-  
schäftes mit über-  
schäfts wurde und  
arbeiten ausge-  
lassen zur  
mischkörperchaften  
erfordern in Ver-  
zu lassen, wurde  
eine Anfrage eine  
enbauverwaltung  
Erterfordern im  
nimmt, und daß  
ihrer Leistungs-  
eine Abweichung  
haben und  
welche die der  
gestellten Mittel  
Staatshaushalt-  
mittel vor zur Ge-  
sch die Unterhal-  
mäßig belastete  
sicherung können  
u den Kosten der  
men des Plau-

## and.

ember 1926.

in Bad Lieben-  
nt Bad Lieben-  
es einem Amts-  
Vierteljahrhun-  
ten. Gleichzeitig  
im Reichsdienst.  
luitgart eine Ur-  
ennung für die  
en Dienste zum

wurde in den v.  
wahl zur Lan-  
den habe. Diese  
ah der seitherige

heimlichkeit ist  
or."

jah er sie da-  
festes, ich habe  
mir dein Wort  
es selbst tue,

igkeiten er zu  
sch die Finger  
geworden sein.  
etwas, das sie

hn des Land-  
ratsamts. Er  
Nachbarschaft  
chaft vonnes  
ich beim ersten  
d erwies ihm  
keiten. Auch  
menswürdig zu  
ist zu besuchen  
Daß unver-  
zuholen. Ach,  
wünschte ihre  
die doch einen  
faden, blasier-  
sie sich förmlich  
Seite, brachte  
er war, als ob  
fühle, manch-  
nicht einmal

ngen natürlich  
er, dann würde  
n. Diese war-  
mutter in der  
gen. Wie aber  
ern.  
kung folgt.)

Abgeordnete des Bezirke, wilmont Krenz in Pfronten, sein  
Wand niedergelegt hat, weil er wieder auf sein früheres Ar-  
beitsfeld im Dienst der Basler Mission nach Ostindien ausziehen  
wird. Missionar Krenz war während seines letzten Aufenthaltes  
in Indien von 1913-1915 in der Hauptstadt Jugendmissionar  
sowohl unter Christen als auch unter Heidentümern, bis seiner  
Tätigkeit wie der aller deutschen Missionare ein Ende gemacht  
wurde. Nach der Gefangenschaft in Indien in die Heimat zurück-  
gekehrt, wurde ihm vom Basler Missionar-Komitee die Aufgabe  
eines Missionspredigers übertragen und zwar sollte er sich haupt-  
sächlich mit der Jugend beschäftigen. In den letzten dreiviertel  
Jahren war er Pfarrer in Rommelsbach bei Reutlingen.

Für den Bezirk Calw wurde er im Anfang des letzten Jahres  
als Abgeordneter für die Landeskirchenversammlung gewählt. Bei  
der Wahl stand ihm der frühere Abgeordnete des Bezirke, Fabrikant  
Blank, gegenüber. Krenz, der besonders von den alten Ge-  
meinschaften und von kirchlichen Kreisen unterstützt wurde, er-  
hielt 100 Stimmen mehr als sein Gegenkandidat, der hauptsäch-  
lich von der Süddeutschen Vereinigung gewählt wurde. Beide  
Männer rechneten sich zu Gruppe 1 der Landeskirchenversammlung.  
Missionar Krenz übte das ihm übertragene Amt mit großer Treue  
und Gewissenhaftigkeit aus und nahm regen Anteil an den Be-  
ratungen. Er erstattete öfters mündlich und schriftlich Bericht  
über seine Tätigkeit und nahm sein Amt mit großem Ernst auf,  
so daß er sich das Vertrauen weiterer kirchlicher Kreise erwarb.  
Wenn Missionar Krenz nun wieder hinauszieht, um seinem Mis-  
sionsberuf nachzugehen, so begleiten ihn die aufrichtigen Wünsche  
der Missionsfreunde und auch vieler sonstiger Freunde aus dem  
Calwer Bezirk. Besonders im oberen Bezirk des Waldes war  
Krenz ein gern gesehener und gehörter Mann, der in seiner ein-  
fachen und natürlichen Weise sowohl in Gemeinschafts- als in  
den ersten kirchlichen Kreisen viel Gutes sätete. Nun ist eine  
Erkählung auf etwa vier Jahre notwendig geworden. Nach Ab-  
lauf der jetzigen Wahlperiode ist in dem Bezirk kein weltlicher,  
sondern ein geistlicher Abgeordneter zu wählen. Der neue zu  
wählende weltliche Abgeordnete scheidet also mit dem Ablauf der  
Wahlperiode von selbst aus unserem Bezirk aus, da er nur noch  
für die Restperiode gewählt wird. Bei der letzten Wahl standen  
sich, wie schon oben ausgeführt, 2 Kandidaten der gleichen Gruppe  
gegenüber. Dies war eine unglückliche Erscheinung und man kann es  
begreifen, daß die Gemeindefreunde eine Wiederholung dieses Vor-  
ganges zu vermeiden suchen. Die altprotestantische Gemeinschaft hat  
deshalb bereits eine Erklärung erlassen, daß sie sich an der Auf-  
stellung eines Kandidaten nicht beteiligen werde, sofern zwei  
Kandidaten aus Gruppe 1 aufzutreten würden. Nun hört man im-  
mer von Anhängern der Gruppe 1 und der Gruppe 2. Im Lan-  
deskirchentag machen sich fast unbemerkt in kirchlichen Fragen zwei  
Anschauungen geltend. Die Mitglieder der beiden Richtungen  
haben sich dabei in Gruppen gesondert. Es war vielleicht kein  
glücklicher Gedanke, daß diese Anschauungen nach außen so offen  
durch Bildung von zwei Gruppen zutage traten. Die Unter-  
scheidung ist nun aber da und man kann sie bei der Aufstellung von  
Kandidaten nicht mehr umgehen. Dabei muß bemerkt werden,  
daß es oft äußerst schwer hält, scharfe Unterscheidungs-  
punkte zu finden, die Anschauungen sind oft mehr Gefühlssache, wobei nicht  
vergiessen werden soll, daß in einigen Fragen die Anschauungen  
der beiden Gruppen allerdings stärker auseinandergehen. Ueber  
Gruppe 1, die hauptsächlich die Gemeinschaftskreise umfaßt, besteht  
kein Zweifel. Dagegen herrscht über Gruppe 2 vielfach eine falsche  
Meinung. Es ist deshalb von Wert, wenn kurz die Anschauungen  
der Gruppe 2 zusammengestellt werden. Die Mitglieder und An-  
hänger der Gruppe 2 wollen das ganze volle Evangelium, aber  
auch wirklich nur das Evangelium. Sie wollen das Evangelium  
mit seinem Glauben an den persönlichen Gott der allmächtigen,  
heiligen Liebe, der den Sünder strafft und den Sünder rettet, an  
Jesus Christus, Gottes Sohn, unsern Herrn und Heiland, der am  
Kreuz unser Heil erworben hat, den Lebendigen, der seiner Ge-  
meinde nahe ist und sie regiert; an den heiligen Geist, den Geist  
der Liebe und der Zucht. Gruppe 2 unterscheidet sich zwischen  
religiösem Gehalt und theologischer Formulierung und Begrün-  
dung. Sie lehnt es ab, eine Theologie als die für alle Zeiten  
richtige anzuerkennen. Sie will das Evangelium in einer Ver-  
ständigung, welche der seelischen Lage des Gegenwartsmenschen  
Rechnung trägt. Sie stellt sich bewußt auf den kirchlichen Boden  
und will die Volkskirche. Sie schätzt das Gemeinschaftskristen-  
tum, das sich nicht über Kirche und Gemeinde stellt, aber sie fordert  
Heimatrecht in der Kirche auch für andere Formen der Frömm-  
igkeit. Misstrauen gegen die Kirche und ihre Organe darf nicht  
gefaßt werden. Gruppe 2 will eine rege, lebendige Gemeindeorgani-  
sation unter Beteiligung aller Kirchengenossen ohne Unterschieb  
der religiösen Einstellung und der sozialen Schichtung. Das  
Pfarramt soll die Mitarbeit der Laien fördern, aber in seinem  
Rechte geschützt werden. Laien sollten immer mehr in den ver-  
schiedensten Zweigen des kirchlichen Lebens tätig sein. Diese Rich-  
tungen werden genügen, um manches Vorurteil gegen Gruppe 2  
zu beseitigen. Es mag noch besonders hervorgehoben werden, daß  
Gruppe 2 die Bildung einer Partei und die Bildung kirchlichen  
Parteiwesens mit Entschiedenheit ablehnt. Zur nächsten Wahl  
hat sich Fabrikant Johannes Blank wieder zur Verfügung gestellt.  
Seine Kandidatur wird von einem Ausschuss bestehend aus Geis-  
tlichen und Laien warm befürwortet.

### Schwarzwald-Bezirksverein Calw. (Unlieb verspätet.)

Am 16. und 17. Oktober unternahm der Bezirksverein unter  
Führung von Eisenbahnspektor Schmitt eine Wanderung in  
die Geißlinger Gegend. Klein war die Zahl der Wanderge-  
nossern, aber ein alter Stamm Wanderer hält immer zusammen.  
Mit dem Mittagszuge führen wir nach Blochingen, von wo wir  
direkt zum Aussichtsturm wanderten. Hier bot sich uns trotz des  
abendlichen, unsichtigen Wetters ein prächtiger Blick auf die  
Alb. Vom Hochberg bis zum Mettenberg lag die Alb in wun-  
derböhner, herblicher Färbung vor uns. Auch die Stuttgarter  
Gegend war sehr schön zu erkennen, so der Hasenbergtum und  
die hohen Antennen des neuen Stuttgarter Rundfunksenders.  
Wir verließen den Turm, um in Blochingen den Zug nach  
Süssen, unserem Hauptquartier, zu erwarten. In Süssen in  
der Post wurden wir gastfreundlich aufgenommen, tadellos ver-  
pflügt und untergebracht. Am Sonntag erfolgte der Aufstieg  
zum Wasserberg mit dem fauber eingerichteten Haus des Ab-  
vereins. Dann ging's hinüber zum Burren. Auf dem „Nadel-  
kissen“ machten wir kurze Rast, um dann in schöner Randwan-  
derung die Hausener Felsen zu erreichen. Hier überraschte uns  
selber Nebel, welcher uns die Aussicht nur ausdünkelweise ge-

nießen ließ. Da hat uns eben unser Calwer „Oberküssenstei-  
ber“ gefehlt! Beim Abstieg nach Ueberlingen verdrückten sich  
die Nebelschwaden so langsam zu Bindsäden, so daß wir uns  
den Kahlenstein schenken und das Zügle nach Geißlingen nah-  
men. Hier durften wir uns eines Zusammenseins mit unserem  
alten Calwer Freund Schwämme und seinem Schwiegersohn  
erfreuen. Auch unser Herr Stadtbaumeister hat uns noch die  
Ehre gegeben. Programmäßig liefen wir abends in Calw ein,  
— wie wäre dies auch unter Führung eines Eisenbahnspektors  
anders möglich —. Die Wanderung hat uns wieder ein  
Stück unserer Heimat gezeigt, so daß wir alle sehr befriedigt  
waren. Nur schade war es, daß so wenige unserer Mitglieder  
sich an dem Ausflug beteiligt haben, namentlich der Jugend  
soll das gesagt sein! Denen, die nicht mitgegangen sind, möch-  
ten wir ins Stammbuch schreiben:

Wißt du wissen, was wir treiben,  
Wie die Zeit vergeht so schön,  
Mußt du nicht zu Hause bleiben,  
Selber kommen, selber sehn!

### Vom Fürsorgeheim Wichernhaus.

Das Fürsorgeheim Wichernhaus, welches seit 20 Jahren  
der vorübergehenden Unterbringung von gefährdeten Jugendlichen  
dient, erstellte auf einem schön gelegenen Grundstück bei Cann-  
statt einen Neubau, da das bisherige Heim nicht mehr genügte.  
Das neue Heim wird, wenn die geplanten weiteren Bauten  
fertiggestellt sind, über hundert junge Burschen aufnehmen kön-  
nen, welche dort oder in privaten Verpflegungen ihre Lehre vollen-  
den können. Die feierliche Einweihung fand unter Teilnahme  
führender Persönlichkeiten, des Prälaten Dr. v. Metz, Staats-  
rat Rau, Polizeipräsident Kläiber, Wohlfahrtsamtsdirektor Al-  
dinger u. a. statt. Der bisherige Hausvater des Wichernhauses,  
Ernst Schlotterbeck, wurde in Anerkennung seiner Verdienste in  
der schweren verantwortungsvollen Fürsorgearbeit durch den  
Titel „Inspektor“ geehrt. Von allen beteiligten Seiten kam  
anlässlich der Feier zum Ausdruck, wie nötig, aber auch er-  
freulich harmonisch die Zusammenarbeit der öffentlichen und  
freien Wohlfahrtspflege ist, wenn beide in ihren je nachreichen  
Bestrebungen mit helfender Hand die Not unseres Volkes lind-  
ern wollen.

## Eine Anzeige

in der Weihnachts-Beilage

unseres Blattes

sichert Ihnen

ein gutes Weihnachts-Geschäft.

### Der Württ. Gemeindetag zum Finanzausgleich.

Die vom Württ. Gemeindetag einstimmig angenommene Ent-  
scheidung lautet: Der zwischen Reich, Land und Gemeinden  
bestehende Finanzausgleich ermöglichte es den Gemeinden nicht,  
die ihnen zugewiesenen Aufgaben ohne Ueberpannung der Ge-  
meindesteuern zu erfüllen. Die allgemeine Wirtschaftskrise hat  
die Notlage der Gemeinden noch dadurch verstärkt, daß sie eine  
Verringerung der öffentlichen Einnahmen und eine Vermehrung  
zwangsläufiger Ausgaben zur Folge hat. Der gesetzliche Ge-  
meindeumlagehöchstfuß von 12 Prozent der Ertragskataster muß  
in der großen Mehrzahl der Gemeinden allein für Zwangsaus-  
gaben durchschnittlich um 50 Prozent überschritten werden, wäh-  
rend die Mittel für eigene dringende Gemeindeaufgaben wie  
Straßenbau- und Unterhaltung usw. vielfach nicht aufgebracht  
werden können. Die Gemeinden sind infolgedessen in weitem  
Umfang mit Zahlungsrückständen belastet. Zur Beseitigung des  
unhaltbaren Zustandes werden folgende Forderungen erhoben:  
1. Den Gemeinden und Amtskörperschaften dürfen ohne gleich-  
zeitige Zuweisung ausreichender Mittel keine neuen Aufgaben  
und Lasten aufgebürdet werden. 2. Der Gesamtlandesanteil an  
der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist von 75 Prozent auf  
den früheren Stand von 90 Prozent des Steueraufkommens zu  
erhöhen und weiter ist bis zum Inkrafttreten der Erhöhung die  
Garantie für die Länderanteile an der Einkommen- und Kör-  
perschafts- und Umsatzsteuer im Jahresbetrag von mindestens  
2100 Millionen Mark, worunter mindestens 450 Millionen Mark  
Umsatzsteueranteile begriffen sein müssen, aufrecht zu erhalten.  
Außerdem ist der Staatssteuersatz zur Erleichterung des Zugriffs  
der Gemeinden auf die Ertragssteuern wesentlich herabzusetzen.  
3. Der Gemeindeumlagehöchstfuß ist aufzuheben, da ihm keinerlei  
praktische Bedeutung zukommt und das Genehmigungsverfahren  
für seine Uebersteigerung nur eine Menge unnütze Verwal-  
tungsarbeit verursacht. 4. Die allgemeine Volksbildung ist längst  
zur Staatsaufgabe gemacht, der Staat hat sich auch alle Rechte

für ihre Durchföhrung, insbesondere auch das der Anweisung  
der Lehrkräfte, vorbehalten. Die Gemeinden sind mit dem ihnen  
aufgebürdeten Anteil an dem Lehrerbeföhrungsaufwand finan-  
ziell überlastet, insbesondere sind die ländlichen Gemeinden durch  
die Zugrundelegung eines zu hoch gegriffenen Stichtages für die  
einheitliche Anteilberechnung effektiv weit über den für sie  
festgestellten Anteilssatz von 45 Prozent am Aufwand beteiligt.  
Ein befriedigender Zustand kann nur durch die Uebernahme des  
ganzen Lehrerbeföhrungsaufwands für die Volksschulen auf den  
Staat herbeigeföhrt werden, womit auch eine wesentliche Ge-  
schäftsvereinföhrung für die Staats- und Gemeindeverwaltun-  
gen verbunden wäre. Der Gemeindeanteil an dem Beföhrungs-  
aufwand für die Lehrkräfte höherer Schulen ist wieder auf 50  
Prozent herabzusetzen. 5. Die Straßenunterhaltungspflichtigen  
Gemeinden und Amtskörperschaften sind an den Ertragssteuern  
der Kraftfahrzeugsteuer in erhöhtem Umfang zu beteiligen und  
zwar durch Erhöhung des für Staatsbeiträge zum Straßenun-  
terhaltungsaufwand der kommunalen Körperschaften im  
Staatshaushaltplan eingestellten Beträge von 800 000 M. auf  
mindestens 1,5 Mill. M.; eine schematische Aufstellung des  
Steuerertrags nach bestimmten Maßstäben wird verworfen. So-  
lange die zu fordernde Uebernahme der Ortsleiterkosten von  
Landstraßen in Staatsunterhaltung nicht durchgeführt ist, sind  
die beteiligten Gemeinden mit Staatsbeiträgen besonders wirt-  
sam zu unterstützen. 6. Die Arbeiten für die Feststellung des  
neuen Gewerbesteuerfußes und der neuen Schlüsselanteile der Ge-  
meinden an den Reichsteuern sind zu beschleunigen, damit end-  
lich für das Rechnungsjahr 1926 die Grundlagen für eine ge-  
ordnete Staatswirtschaft und Steuerverwaltung gewonnen wer-  
den. Die Förderung des dringlichen Wohnungsbaus ist mit  
Hilfe von Reichs- und Landesdarlehen zu finanzieren. Die  
diesem Zweck dienlich gemachte Gebäudeentlastungssteuer ist  
in ihrer bestehenden Form unwirtschaftlich und wirkt in vielen  
Fällen unsozial und ungerecht. Sie ist wesentlich zu vereinfö-  
chen und abzubauen. 8. Es muß erwartet werden, daß die  
zentralen Kassen bei ihren Zahlungsforderungen auf die Fi-  
nanzlage der Gemeinden mehr Rücksicht nehmen. Die Anfor-  
derung von Verzugszuschlägen für rückständige Zahlungen der Ge-  
meinden ist zu verwerfen, weil auf diesem Wege die besonderen  
Verhältnisse der einzelnen Gemeinden keine Berücksichtigung fin-  
den und die Rückstände in der Regel auf die Unmöglichkeit  
rechtzeitiger Beitreibung der öffentlichen Einnahmen von den  
Abgabepflichtigen zurückzuführen sind. Das Mittel der Staats-  
aufsicht muß als ausreichend bezeichnet werden, um im Falle  
der Möglichkeit rechtzeitiger Leistung die ordentliche Erfüllung  
bestehender Verbindlichkeiten zu erzwingen. 9. Zur Milderung  
des Volksstands in den Weingärtnergemeinden ist die unverzüg-  
liche Gewährung von langfristigen, niederzinslichen Darle-  
hen an die Gemeinden notwendig, um die Durchführung von  
Notstandsarbeiten zu ermöglichen, zu denen auch Weingärtner  
zugelassen sind. Weiter sind Steuernachlässe von Reich und  
Staat zu gewähren unter Aufhebung der Bedingung, daß die  
Gemeinden den gleichen Nachlaß gewähren müssen. 10. Um  
ihren im allgemeinen und infolge der außergewöhnlichen Zeit-  
verhältnisse besonders schwierigen Aufgaben gerecht werden zu  
können, bedürfen die Gemeinden in ihrer Verwaltung eines ho-  
hen Maßes von Bewegungsfreiheit. Die Gemeinden erwarten  
deshalb im öffentlichen Interesse, daß Eingriffe in die gesetz-  
mäßige Betätigung ihrer Selbstverwaltungsrechte unterbleiben  
und daß diese Rechte durch die neue Gemeindeordnung eine Ver-  
tiefung und Ausbreitung erfahren.

### Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Bei Island ist eine neue Depression aufgetaucht, die aber in  
südlicher Richtung abziehen dürfte. Für Mittwoch und Donners-  
tag ist mehrfach bedecktes, auch zeitweilig regnerisches Wetter zu  
erwarten.

### Die Stadt Wildbad gegen die Bohrungen im Eyachtal.

SB Wildbad, 8. Nov. Der Gemeinderat nahm in seiner  
letzten Sitzung Stellung zu den neuesten Neußerungen der Stutt-  
garter Stadtverwaltung. Nach den vom hiesigen Stadtbauamt  
im Eyachtal gemachten Erhebungen ist dort entgegen den dem  
Landtagsausschuss gemachten Mitteilungen ein Bohrloch bis zu  
39 Meter Tiefe hinabgetrieben worden, ohne daß man auf Granit  
stieß, ein anderes bis zu 19 Meter. Dies konnte festgestellt  
werden, obgleich die Stadt Stuttgart den an den Bohrungen  
beschäftigten Leuten auffallenderweise ein strenges Schweigege-  
bot auferlegt hat. Von Schürfböhrungen kann also jetzt keine  
Rede mehr sein, sondern es handelt sich um Tiefbohrungen, die  
die Heilquellen unmittelbar gefährden. Der Umstand, daß die  
Bohrstellen etwas höher liegen als das Thermalquellengebiet in  
Wildbad, beweist hiergegen nichts, da der Ursprung und Verlauf  
der Thermalquellen noch in völliges Dunkel gehüllt sind, das  
auch durch die jetzigen Bohrungen nicht gelichtet werden kann.  
Selbst wenn in allen 11 Bohrlochern im Eyachtal undurchlässi-  
ger Untergrund (Kalkliegendes und Granit) festgestellt würde,  
was aber schon bei dem Bohrloch von 30 Meter nicht der Fall  
ist, so wäre noch lange nicht bewiesen, daß sich auf der großen  
Fläche der viele Hektare bedeckenden Talsperre nicht doch Ein-  
bruchstellen in die Thermalquellen finden würden. Die Bohrun-  
gen sind also bei all ihrer Gefährlichkeit wertlos. Nach Neuße-  
rungen von Autoritäten wird sich überhaupt nie ein Geologe  
der etwas auf seinen wissenschaftlichen Ruf und seine Gelehrten-  
ehre hält, finden, der eine Gefährdung der Thermalquellen durch  
die Talsperre als unmöglich erklärt. Wenn die Regierung der  
Beschluß des Landtagsausschusses, die Thermalquellen Wild-  
bads nach Art. 4 des Wassergesetzes energisch zu schützen, pflicht-  
gemäß ausführen will, so sind infolge der Feststellung der Stadt  
die Bohrungen jetzt unverzüglich einzustellen. Sollte dies nicht  
geschehen, so ist bei der hier herrschenden Stimmung damit zu  
rechnen, daß jetzt die große Öffentlichkeit in ganz Deutschland  
und die deutsche Aertzwelt um Schutz der Wildbader Heil-  
quellen angerufen wird. Es wurde einstimmig beschloffen, bei  
den Ministerien des Innern und der Finanzen wiederholt die  
sofortige Einstellung der Bohrungen im Eyachtal gemäß Art.  
des Wassergesetzes zu beantragen.



**Wundersbach** 8. Nov. Der nun 70 Jahre alte Schultheiß Johannes Dürr in Wundersbach ist auf 1. Oktober ds. Js. aus gesundheitlichen Rücksichten von seinem Amt als Ortsvorsteher zurückgetreten. Die Neuwahl wurde am Sonntag vorgenommen. Von 168 gültig abgegebenen Stimmen fielen 124 auf den bisherigen Amtsverweser Landwirt und Gemeinderat Friedrich Dürr.

**Herrnberg**, 8. Nov. Seit letzten Sonntag verkehrt auf der Strecke zwischen Herrnberg und Tübingen probeweise ein Digi-Omnibus, wodurch die Gemeinden des Ammerstals und Schönbuchlandes dem Verkehr besser angeschlossen werden. Die neue Verkehrslinie wird bis jetzt, besonders im Morgen- und zweitbesten Abendkurs, ordentlich benützt.

**Herrnberg**, 8. Nov. Als die Löwenwirtin Dongsus erstmals wieder den Ofen ihrer Wirtschaft anzündete, flogen ihr beim Nachsehen des Feuers mit lautem Krachen Schrot- und Messingteilchen eines Geschosses ins Auge. Die Frau mußte in die Tübingen Augenklinik verbracht werden, wo das schwerverletzte Auge nun durch Operation entfernt wurde. Man hat keine Erklärung dafür, wann und wie das Geschöß in den Ofen kam.

**Herrnberg**, 6. Nov. Gestern wurde das neue Gewerbeschulgebäude feierlich eingeweiht. Stadtschultheiß Hauffner und Schulvorstand, Gewerbelehrer Widmayer, hielten Ansprachen.

**Leonberg**, 8. Nov. Infolge des orkanartigen Sturmes ist ein am Engelberg erstelltes Probe-Holzwohnhaus eingestürzt. In Eitingen wurde vom Sturm ein vom Kennen her stehengebliebenes Bierzelt umgeworfen.

**Dillingen**, 8. Nov. Zurzeit führt die Gemeinde eine neue Zuleitung der Quellen der Wasserversorgung aus. Dabei wird gleichzeitig erreicht, daß durch eine Ueberreichleitung für industrielle oder sonstige Zwecke etwa 5 Sekundenliter dauernd unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden können. — Noch eine andere Tatsache dürfte die gewerbliche Ansiedlung fördern, nämlich durch Errichtung einer Transformatorstation südlich des Bahngeländes, das bisher ohne Licht- und Kraftversorgung war und nach dem Ortsbauplan für Gewerbebetriebe vorgesehen ist. — Der Wohnungsbau hält immer gleichmäßig an, doch dürfte im Frühjahr eine größere Bautätigkeit zu erwarten sein, zumal billige Bauplätze zur Verfügung stehen. — Gegenwärtig wird eine Sammlung für die Errichtung eines Kriegerdenkmals eifrig betrieben. — Als Kolonisationsarbeiten kamen zunächst umfangreiche Fluß- und Bachreinigungen, sodann ein Wasserleitungsbau zur Ausführung. Vorgesehen ist weiterhin die Leitung eines Hochspannungskabels und der Bau der Ludwig- und Bahnhofstraße zur Beseitigung des schienengleichen Uebergangs der Staatsstraße, insbesondere aber zur Umleitung des starken Durchgangsverkehrs.

**Stuttgart**, 8. Nov. Der Staatspräsident hat das erledigte Oberamt Balingen dem Regierungsrat Dr. Stahlecker beim Kommando des Landjägerkorps und das erledigte Oberamt Nödlingen dem Regierungsrat Chormann, Oberamtsverweser daselbst, übertragen.

**Rudwigsburg**, 8. Nov. Die Bruderanstalt Karlsöhe feierte am Samstag ihr 50jähriges Bestehen. Bei der Eröffnungsfeier, die von Dekan Gauger geleitet wurde, brachten zahlreiche Begrüßungen und Glückwünsche zum Ausdruck, welches Ansehen die Anstalt genießt und wie ihr Wirken eingeleitet wird.

schäft wird. Prälat Dr. Holzinger sprach für die evangelische Landeskirche, Oberregierungsrat Dr. Beißwänger für den Staatspräsidenten. Nachmittags war ein Festzug und abends eine Gedächtnisfeier in der Stadtkirche. Am Sonntag fand dann noch eine öffentliche Feier in der Stadtkirche statt.

**Freudenstadt**, 8. Nov. Als weiteres Baulos — nunmehr das dritte — wurde der Nüderbuckeltunnel bei Schwarzenberg der Unternehmungsfirma Baresel in Stuttgart übertragen, die die Arbeiten alsbald zu beginnen hat und voraussichtlich auch in den Wintermonaten weiterführen kann. Die eingereichten 18 Angebote bewegten sich zwischen 236 000 und 552 000 M. Der eingeleitete Tunnel erhält durchweg eine Auskleidung mit Beton von 30—50 Zmtr. Stärke je nach dem auftretenden Gebirgsdruck, das zwei Meter breite Schlüßstück im Scheitel wird auf die ganze Länge des Tunnels aus festgebrannten Backsteinen hergestellt. Aus den Ausbruchsmassen wird der Bahndamm geschüttet, geeignete Steine werden als Vorlage und Schotter für die Bahnbettung verwendet. Von den bereits im Bau begriffenen zwei Losen ist zu erwähnen, daß die Murgverlegung bei Schwarzenberg fertiggestellt ist, jedoch der Vaggoner jetzt an der Murgverlegung bei Schönmünzach angelegt werden konnte. Infolge des vor acht Tagen plötzlich eingetretenen Hochwassers der Murg wurden zwei hölzerne Transportstege des Unternehmens beschädigt, bzw. weggerissen, weshalb bis zur Neuerrichtung etliche 70 Arbeiter auf etwa 14 Tage aussetzen müssen. Im übrigen schreiten die Arbeiten flott weiter.

## Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

**Berliner Briefkurse.**

100 holl. Gulden	168,59
100 franz. Franken	13,86
100 schweiz. Franken	81,25

**Börsenbericht.**  
An der Börse herrschte zu Wochenbeginn Unternehmungskunst bei nachgebenden Kursen.

### Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbands Württemberg und Hohenzollern E. V.

**U.C. Berliner Produktenbörse vom 8. November.**  
Weizen märk. 278—281; Hafer märk. 228—233; Gerste 220 bis 260; dto. 195—208; Hafer märk. 182—197; Mais loco Berlin 201 bis 206; Weizenmehl 36.25—29.25; Roggenmehl 33—37.75; Weizenkleie 12; Roggenkleie 11.75; Viktoriaerbsen 58—68; kleine Speiseerbsen 40—42; Futtererbsen 22—26; Pefusfahen 21—22; Aderbohnen 21—23; Wicken 25—26; blaue Lupinen 13—14; dto. gelbe 14—15; Rapstüchen 16—16.20; Leintüchen 20.60—20.80; Trockenstängel 9.70—10; Sojabohnen 19.30—19.60; Kartoffelflocken 24.30—24.50; Speisekartoffeln rote 3.30—3.60; Fabrikartoffeln 14; Speisekartoffeln gelbfl. 3.40—3.80; Tendenz: fest.

**Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt.**  
Der Obstgroßmarkt zeigt andauernd gleiche Tendenz, sehr starke Zufuhr, zögernde Abnahme für den unverhältnismäßig hohen Prozentsatz geringe, flotter Absatz für beste Ware.

Fremde Weintrauben kommen nur noch ganz vereinzelt, Bananen und sonstige Süßfrüchte in steigendem Maße. Die ersten Äpfel Amerikaner-Apfel, Newton-Pepping und Jonathan sind eingetroffen. Auf dem Mittwochs-Marktplatz des Württ. Obstbauvereins wurden für durchweg ausgesuchte Früchte hohe Preise bei flotten Absatz erzielt. Der Mostobstverkehr erholt sich etwas, die Zufuhren haben nachgelassen. Bei reger Kaufkraft ziehen die Preise wieder an. Der Gemüsemarkt ist gut beschickt, reichlich schöne Ware in Rosenkohl, Blumenkohl und Endivien, Absatz befriedigend.

**Obstpreise.**  
Böckelapfel 18—25; Tafelapfel 12—18; Schüttel-, Ausschuß-, Fall- und Mostapfel 6—7; Spalierbirnen 18—25; Tafelbirnen 10—18; Quitten 20—30; Ballnüsse 50—60; Kartoffeln 6—7; Kopfsalat 5—15; Endivienalat 3—10; Birning 5—6; Filderkraut 3—4; Weiskraut rund 5—6; Filderkraut 3—4; Weiskraut rund 3—4; Kollkraut 5—6; Blumenkohl 10—40; Rosenkohl 1 Stück 15—20; dto. pro Pfund 35—45; rote Rüben 6—8; gelbe Rüben 6—7; runde Karotten 1 Bund 5—12; Zwiebeln 5—10; Kottiche 3—8; Spinat 15—20; Mangold 8 bis 10; Kopfkohlraben 3—6.

**Viehpreise.**  
Halt: Ochsen 4—600, Rüh 200—480, Jungvieh 130—380 M. — Münsingen: Ochsen 430—1280, Rüh 220—610, Kalb 235 bis 750, Jungvieh 155—320 M. — Rosenfeld: Ochsen 580, Rüh 320—640, Kalbinnen 480—660, Jungvieh 120—380, Pferde 380 Mark. — Urach: Ochsen 360—795, Rüh 280—620, Rinder 240 bis 600, Jungvieh 80—250 M. das Stück.

**Schweinepreise.**  
Mörschen: Ferkel 20—25 M. — Bönnigheim: Milchschweine 13—18, Läufer 28—78 M. — Ehingen: Ferkel 15 bis 32, Läufer 35—50 M. — Mutterchweine 160—200 M. Gaildorf: Milchschweine 17—24 M. — Gerabronn: Milchschweine 15 bis 27 M. — Isfeld: Milchschweine 17—27 M. — Nürtingen: Läufer 56—92, Milchschweine 18—32 M. — Rosenfeld: Milchschweine 13—28 M. — Spaichingen: Milchschweine 10—20 M. — Winnenden: Milchschweine 20—28, Läufer 40—50 M. — Wurzach: Milchschweine 20—30 M. das Stück.

**Schafmärkte.**  
Giengen a. Br.: 1 Paar Schafe 56—76, 1 Paar Lämmer 49 bis 54 M. — Urach: Bratschafe 50—70, Göltschafe 70—80, Hammel 70—90, Lämmer 54—75 M. das Paar.

**Fruchtpreise.**  
Biberach: Weizen 13,70—15,80, Gerste 12,50—13,35, Haber 8,50—9,50, Futtergerste 11,50—12,20, Besen 10, Roggen 12 M. — Ehingen: Weizen 13—14, Roggen 10, Gerste 13, Haber 8,50—10,50 M. — Wangen i. A.: Gerste 12—13, Haber 10—11 M. — Winnenden: Weizen 15, Haber 8,60—8,80, Dinkel 12 M. der Zentner.  
Giengen a. Br.: Gerste 12,20—13, Haber 8,20—9, Weizen 14 bis 15 M. — Nagold: Weizen 15—15,50, Dinkel 10, Roggen 11, Gerste 11, Hafer 8—9 M. — Tübingen: Dinkel 14—15, Haber 9 bis 9,50, Weizen 14,80—15,50, Gerste 12,50 M. der Zentner.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Scheffler.

**Deutsche Orientmission (Begründ. Dr. Lepsius).**  
Donnerstag, 11. Nov., 8 Uhr, im Vereinshaus:  
**Vortrag mit Film (Landsbilder)**  
„Im Land des Blutes und der Tränen“  
(Armeniennot).  
Red.: Frä. Keger, Missionarin u. Ingenieur Krihorian.  
Eintritt 30 Pfg.  
6 Uhr Vorführung für Kinder, Eintritt 15 Pfennig.  
Derzliche Einladung!

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen  
**Hermann Essich**  
**Regine Essich**  
verwitwete Rothfuß  
Zavelstein, den 9. November 1927

Auf Obiges bezugnehmend bitte ich das seither meiner Frau in so hohem Maße erwiesene Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen, es wird mein eifrigstes Bestreben sein mir durch aufmerksame Bedienung die Zufriedenheit unserer Gäste in gleichem Maße zu erwerben.  
**Hermann Essich,**  
Gasthof zum Lamm, Zavelstein.

**Gefunden**  
im Wald ein brauner  
**Damen-Hut.**  
Abzuholen Lederstr. 186 II.  
Einen eintürigen  
**Kleiderkasten**  
[Kinderbettlade und eine Bank mit Lehne alles wie neu, verkauft.  
Wer sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

**Verloren gegangen oder abhanden**  
gekommen ist am vergang. Freitag früh von meinem Fuhrwerk auf dem Wege nach Liebenzell  
**1 Sack Mehl.**  
Sachdienl. Mitteilungen hierüber gegen gute Belohnung erbittet  
**Adolf Lutz,** Telefon Nr. 6.



Moderne  
**Dekorationen**  
Klubmöbel  
in Stoff und Leder  
**Emil G. Widmaier**  
Bahnhofstraße

**Sehr guter Verdienst!**  
Damen und Herren finden gute Beschäftigung durch Verkauf eines sehr guten Artikels.  
Angebote unter Chiffre J. 2 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Für jeden Samstag nachmittag wird eine  
**Bußfrau** gesucht.  
**Frau Mächle,** Badstraße.

Guterhaltene  
**Herrenanzüge**  
und **Ueberzieher**  
verkauft  
**Frau Richard Schulz**  
Friseurgeschäft  
Bad Liebenzell  
Karlst. 185.  
**Gehingen.**  
Einen neuen  
**Einspanner-**  
oder  
**Ruhwagen**  
komplett aufgerichtet  
verkauft  
**Gottlob Stürner,**  
Schmiedmeister.

**Ski** und Zubehör  
Schluch, Salzgasse.  
**Laubjäger-Rästen**  
prim. Laubjägerholz  
**Bogen u. Sägen**  
neueste Zeichnungen  
empfiehlt  
**E. Serva**  
Fernsprecher 120

**Geräumig, unmöbl. Zimmer**  
zur Unterbringung einer Bücherei  
**g e s u c h t.**  
Angebote unt. Nr. C. 262 an die Geschäftsst. ds. Bl.

**Suche**  
einige Zentner  
**Mostobst**  
zu kaufen.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Forstamt Hirsau.**  
**Buchenstamm-Holzverkauf.**  
Am Freitag, den 12. November 1926, nachmittags 4 Uhr, im Löwen in Hirsau aus Staatswald Bruderberg und Bruderhöhe wegen nicht geleisteter Bezahlung wiederholt: 9 Rotbuchen V. Klasse mit 5 Fm.

**Untereichenbach.**  
Im Wege der  
**Zwangs-**  
**vollstreckung**  
versteigere ich am Donnerstag, den 11. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, gegen bare Bezahlung einen neuen **schwarz-eichenen Diplomaten-**  
**Schreibtisch.**  
Zusammenkunft b. Kathaus.  
**Rupp,** Vollz.-Beamt. beim Finanzamt Hirsau.

**B. G. B. C.**  
11. 11. 26. Bürgerstübli  
**Neubulach.**  
**7 St. Vorfenster**  
einfüßig 1.49 cm hoch und 87 cm breit sehr dem Verkauf aus und sind Liebhaber eingeladen.  
**Fr. Müller,** Stadtschulth.

**Alzenberg.**  
Sechs Wochen alte  
**Milchschweine**  
verkauft  
**Ueich Großmann.**

**In jedes Haus gehört feurio!**  
**feurio-Haushaltseife**  
**feurio-Flocken**

**Neuhengstett.**  
Ein 10 Monate altes  
schönes  
**Zucht-**  
**rind**  
verkauft  
**Otto l'Armée**

Ein bis zwei  
**Läufer-**  
**schweine**  
verkauft  
**Georg Kentschler**  
**Zavelstein.**

**Deutschum-**  
**Geldlotterie**  
à 3 Mark, sowie  
**Klassenlose**  
bei  
**Friseur Wenz**  
Hauptgewinn  
60000—50000 u. s. w.  
Verkaufe meine fünfjährige  
**Schimmel-**  
**Stute**  
**Sohs. Rober, Bauer,**  
**Stammheim.**